

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

Sondersitzung des Hauptausschusses - Haushaltsberatung (gemeinsam mit dem Bauausschuss)

Sitzungstermin:	Mittwoch, 14.09.2022
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	18:22 Uhr
Sitzungsort:	Drägerforum, Finkenbergring 33, 23558 Lübeck
Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Peter Petereit - SPD Fraktionsvorsitzender	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Oliver Prieur - CDU Fraktionsvorsitzender	
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Stellvert. Fraktionsvorsitzender	ab 16:33 Uhr / TOP 4.1
Sabine Haltern - SPD Stellvert. Fraktionsvorsitzende	ab 16:33 Uhr / TOP 4.1
David Jenniches - AfD Fraktionsvorsitzender	
André Kleyer - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzender	Vertretung für: Frau Birte Duggen
Ulrich Krause - CDU Stellvert. Fraktionsvorsitzender	
Lars Lehrke - Die Unabhängigen	
Dr. Marek Lengen - SPD	
Thomas Misch - FREIE WÄHLER & GAL Stellvert. Fraktionsvorsitzender	
Thomas Rathcke - FDP Fraktionsvorsitzender	
Peter Reinhardt - SPD Stellvert. Fraktionsvorsitzender	
Bernhard Simon - CDU	
Michelle Akyurt - Fraktion Vielfalt Fraktionsvorsitzende	
Lothar Möller - BfL Fraktionsvorsitzender	
Beiratsmitglieder	
Bruno Böhm - Seniorenbeirat	
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion	
Sophie Bachmann - Fraktion 21	
Günther Frings - Die Unabhängigen	
Carl-Wilhelm Howe - FREIE WÄHLER & GAL	
Jan Ingwersen - CDU	

Uwe-Jens Iwers - BfL	
Bastian Langbehn - Fraktion Vielfalt Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	
Thomas Markus Leber - FDP Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	
Jochen Mauritz - CDU-Fraktion	ab TOP 5.1
Dalila Mecker - DIE LINKE	
1. Stellvertr. Stadtpräsident Ulrich Pluschkell - SPD	ab TOP 5.1
Arne-Matz Ramcke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Elfi Rostkowski - SPD	
Roland Vorkamp - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Verwaltung	
Bürgermeister Jan Lindenau - FB 1 - Bürgermeister	
Senatorin Monika Frank - FB 4 - Kultur und Bildung	
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Senator Ludger Hinsin - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Oliver Groth - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Sebastian Ziemann - 1.300 Recht	
Nicholas Benz - FBC FB 5	
Dennis Bössow - 1.201 Haushalt und Steuerung	
Kristin Gercke -	
Marion Höfs - FBC FB 4	
Ronny Hopp - FBC FB 1	
Annika Neuwirth - 1.201 Haushalt und Steuerung	
Markus Toll - FBC FB 5	
Manfred Uhlig - 1.201 Haushalt und Steuerung	
Protokollführung	
Wilk Wendorff - 5.061 Fachbereichsdienste	
Nadine Markmann - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Birte Duggen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	- entschuldigt -
Christopher Lötsch - CDU	- entschuldigt - Teilnahme als Vorsitzender des Bauausschusses
Sascha Luetkens - DIE LINKE Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	- entschuldigt -
Wolfgang Neskovic - Fraktion 21 Fraktionsvorsitzender	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
4	Berichte	
4.1	Sachstandsbericht zu den aktuellen Parkhausneubauten	VO/2022/11422
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Haushalt 2023	VO/2022/11299
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8	Gleichstellung	
9	Verschiedenes	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende des Hauptausschusses, Herr Petereit, der in Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Bauausschusses, Herrn Lötsch, die heutige gemeinsame Sitzung des Haupt- und Bauausschusses leitet, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit. Es erfolgt ebenfalls eine Begrüßung der Anwesenden durch Herrn Lötsch, welcher anschließend das Wort wieder an den Vorsitzenden der gemeinsamen Sitzung übergibt.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Streitfall der Ausschuss.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende erläutert den heutigen Sitzungsverlauf. Er teilt hierzu mit, dass zunächst eine gemeinsame Beratung des Haupt- und Bauausschusses zu Tagesordnungspunkten 4.1 und 5.1 erfolge.

Im Anschluss werde die gemeinsame Sitzung beendet und der Bauausschuss berät in alleiniger Sitzung über weitere Tagesordnungspunkte.

Frau Bachmann bittet um Mitteilung, ob in der heutigen Sitzung eine Beratung zum Antrag betreffend eine Skateanlage in Travemünde erfolge. Herr Lötsch teilt hierzu mit, dass dieser Antrag unter TOP 7.1 auf der Tagesordnung des Bauausschusses vorgesehen sei und im Anschluss der gemeinsamen Sitzung in alleiniger Sitzung des Bauausschusses beraten werde. Eine Abstimmung über die Dringlichkeit sei entbehrlich. Die Betitelung als Dringlichkeitsvorlage sei versehentlich erfolgt.

Der Vorsitzende der gemeinsamen Sitzung führt im Weiteren erläuternd aus, dass der Antrag betreffend eine Skateanlage in Travemünde ausschließlich für den Bauausschuss gestellt worden sei und daher eine Beratung im Hauptausschuss nicht erfolge. Ebenso gelte dies für den unter TOP 6.1 der Tagesordnung des Bauausschusses vorgesehenen Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft.

Den Mitgliedern des Hauptausschusses stehe es offen, bei den weiteren Beratungen anwesend zu bleiben.

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig die Tagesordnung.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Es liegt nichts vor.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

Es liegt nichts vor.

zu 4 Berichte

**zu 4.1 Sachstandsbericht zu den aktuellen Parkhausneubauten
Vorlage: VO/2022/11422**

Herr Iwers fragt bzgl. des Parkens von E-Autos, welche Sicherheitsmaßnahmen unternommen werden würden. Er wisse von einem amerikanischen Parkhaus, was aufgrund eines brennenden E-Autos eingestürzt sei.

Frau Hagen antwortet, dass der Bericht den Anfang der Planung abbilde und die ersten Auftragnehmer beauftragt werden würden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Haushalt 2023
Vorlage: VO/2022/11299**

Herr Uhlig stellt den Haushalt anhand einer Präsentation vor, die als Anlage der Niederschrift beigelegt ist. Er weist in dem Zusammenhang auf den interaktiven Haushalt hin.

Herr Pluschkell und Herr Mauritz betreten den Raum.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für Straßen, Wege und Brücken (39,4 Mio. Euro):

Er weist in dem Zusammenhang auf die Übersicht zu den Straßenmaßnahmen hin, die vorab zur Verfügung gestellt wurde.

Herr Ramcke fragt, ob es keine Verkehrsschwierigkeiten gebe, wenn die Maßnahmen zur Marienbrücke und zur Bahnhofsbrücke parallel laufen würden. Weiterhin sei für den Umbau für Geh- und Radwege eine niedrigere Summe ab 2024 vorgesehen, er würde dafür plädieren, dass Gelder in gleichbleibender Höhe eingestellt werden würden.

Herr Uhlig antwortet, dass die Maßnahmen der Bahnhofsbrücke und der Marienbrücke aufeinander abgestimmt seien. Demnächst werde die Verwaltung auch einen Bericht zum Brückenbau vorlegen.

Frau Senatorin Hagen ergänzt, dass der Bericht bereits auf der Tagesordnung für den Bauausschuss am 19.09.2022 eingestellt sei. Bei den Mitteln, die für die Marienbrücke eingestellt seien, handle es sich um Planungskosten.

Herr Uhlig führt weiterhin aus, dass es bei dem Ausbau der Radwege in den letzten Jahren deutliche Steigerungen gegeben habe und dies auch fortgesetzt werden solle, aber noch keine Detailplanungen vorliegen würden.

Herr Pluschkell bittet darum, dass bei zukünftigen Haushaltsplanungen die Mittel für den ÖPNV separat aufgeführt werden.

Herr Uhlig sagt zu, die Bitte zum nächsten Haushalt zu beachten und zu den ÖPNV-Maßnahmen ggf. gesondert zu berichten.

AM Dr. Flasbarth fragt, ob noch Maßnahmen ausstehen, die für den Bau des Radschnellwegs benötigt werden würden.

Frau Senatorin Hagen erklärt, dass zur Vorstellung der Machbarkeitsstudie seitens der Verwaltung zugesagt worden sei, Informationen zur Verlagerung der Verkehre zur Verfügung zu stellen, was mittels des Verkehrsmodells erfolge, welches Ende dieses Jahres vorliegen sollte. Die Verwaltung werde dazu berichten. Weiterhin befinde die Verwaltung sich in Gesprächen mit dem Innenministerium, die Maßnahme solle insgesamt mit einer Förderquote von bis zu 90% gefördert werden. Die Zeitschiene sei konservativ angelegt, wenn die Maßnahme vorgezogen werden könne, werde man dies tun.

Herr Ramcke fragt, welche Maßnahmen an der Lachwehrbrücke gemacht werden müssten. Er dachte, dass die Brücke gerade erst neu gemacht worden sei.

Herr Uhlig antwortet, dass die Brücke einer kurzfristigen Instandsetzung bedürfe, sonst würden Verkehrseinschränkungen drohen.

Herr Vorkamp fragt, warum es so schwerfalle, die Einzahlungssummen pro Maßnahme im Haushalt auszuweisen.

Herr Uhlig führt aus, dass es für die Verwaltung nicht immer einfach sei, mit konkreten Einzahlungsbeträgen in den Haushalt zu gehen, da diese nicht immer vorliegen würden, aber die Stadt ihren Eigenanteil darlegen müsse. Wo bekannt sei, dass mit einer bestimmten Förderquote gerechnet werden könne, werde diese eingetragen, aber bei Projekten ohne Förderbescheid gestalte es sich schwierig.

AM Dr. Flasbarth sagt, dass nächstes Jahr als Radwegmaßnahmen nur die Jürgen-Wullenwever-Straße und der Radweg von Travemünde nach Warnsdorf geplant seien und fragt, ob nach Jahren des Stillstandes nicht noch weitere Radwege ausgebaut werden könnten.

Frau Senatorin Hagen entgegnet, dass darüber hinaus der Radwegausbau in der Mecklenburger Straße und die Maßnahme Stadtgrabenbrücke anstünden und auch der Radschnellweg so kurzfristig wie möglich umgesetzt werden solle. In der Regel verfüge die Verwaltung nicht über Vorratsplanungen. Die Informationen, an welchen Maßnahmen gearbeitet werde, würden aber ansonsten regelmäßig im Runden Tisch Radverkehr präsentiert.

Herr Vorkamp möchte wissen, ob die Bahnhofsbrücke ohne Förderbescheid gebaut worden sei.

Herr Uhlig antwortet, dass es dazu mit Sicherheit Fördermaßnahmen gebe.

Herr Vorkamp sagt, dass er basierend auf der letzten Antwort davon ausgegangen sei, dass ein Gesamtförderbescheid vorliege.

Frau Senatorin Hagen erläutert, dass noch mit dem Ministerium diskutiert werden müsse, wie die Kosten am Ende verteilt werden würden und festgesetzt werde, welche Kosten anrechenbar seien. Es sei schwer, die abschließende Höhe aller Fördermittel abzusehen. Ganz konkrete Zahlen könnten erst nach der Abrechnung genannt werden.

Frau Bachmann fragt, ob ein Radweg zur neuen Begegnungsstätte geplant sei.

Frau Senatorin Hagen antwortet, dass im Moment kein zusätzlicher Radweg vorgesehen ist.

Herr Lindenau ergänzt, dass die Erreichbarkeit sichergestellt sei.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für den Schulbau (16,3 Mio. Euro):

AM Jenniches fragt, warum die Kosten bei der Grundschule am Koggenweg so stark angestiegen seien.

Frau Senatorin Hagen antwortet, dass die Verwaltung berichtet habe, dass unterschiedliche Varianten untersucht worden seien und verweist auf die dazugehörigen Vorlagen, in denen die Umsetzungsmöglichkeiten beschrieben werden.

Herr Ramcke sagt, dass es mehrere Haushaltstitel gebe, in denen auf abgängige Zaunanlagen verwiesen werde, er wolle wissen, warum diese nicht in einem Titel gebündelt werden würden.

Herr Uhlig entgegnet, dass die Investitionen, die an einer einzelnen Schule vorgenommen werden würden, auf die verschiedenen Produkte verteilt werden müssten.

Herr Ramcke wünscht, dass in Zukunft genauer angegeben werde, wofür einzelne Titel seien.

Herr Uhlig weist darauf hin, dass es auch teilweise mit der Haushaltssystematik zusammenhänge.

Das stellv. AM Kleyer fragt, wie sich das Karstadtgebäude auf den OzD-Dachgeschossausbau auswirke und wie am Ende mit der Heizsituation umgegangen werden solle, wenn aufgrund von Corona wieder viel gelüftet werden müsse.

Herr Lötsch weist darauf hin, dass es im Bauausschuss einen Bericht gegeben habe, in dem dargestellt worden sei, dass das Karstadtgebäude und der OzD-Dachgeschossausbau unabhängig voneinander seien.

Frau Senatorin Hagen erläutert, dass die Verwaltung derzeit das Planungsteam für das Karstadtprojekt aufstelle und man sich darauf vorbereite in die Planung zu gehen, parallel würden bereits Gespräche mit den Partnern stattfinden und es werde sich um Fördermittel bemüht werde. Beispielsweise gebe es Bundesfördermittel aus dem Programm Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren. Sie kündigt an, dass demnächst eine Vorlage zu einem weiteren Förderprogramm den Gremien vorgelegt werde. Nächstes Jahr werde geplant und eine EW-Bau erstellt, anschließend könne ein besserer Zeitplan vorgelegt werden. Die Maßnahme OzD laufe parallel.

Herr Howe fragt, wann die Container für die Schule am Stadtpark am Adolfsplatz aufgestellt werden würden.

Frau Senatorin Hagen sagt eine Antwort zur Niederschrift zu.

AM Rathcke möchte wissen, mit welchem Faktor die Verwaltung die Kostensteigerungen der letzten Monate berücksichtige.

Herr Uhlig erklärt, dass Mehrkosten für die Projekte im nächsten Jahr inkludiert seien, allerdings werde hierbei auf das einzelne Projekt abgestellt. Eine pauschale Mehrkostenerhöhung werde nicht angenommen, es werde nach bestem Wissen und Gewissen kalkuliert.

Herr Ramcke fragt, wo das Thema Busbeschleunigung einsortiert sei.

Herr Benz antwortet, dass die Maßnahme Lichtsignalanlagen konsumtiv geordnet sei.

Herr Pluschkell fragt, ob die Maßnahmen, die die Lübecker Bürgerschaft zur Busbeschleunigung beschlossen habe, im Haushalt geordnet seien.

Herr Uhlig bejaht dies.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für den Hafen (16,3 Mio. Euro):

Herr Frings kritisiert die Hafenplanung und das Refinanzierungsmodell für Infrastrukturinvestitionen. Seiner Ansicht nach sollten nur Projekte genehmigt werden, die wirklich absolut notwendig für den Hafen wären.

Herr Bürgermeister Lindenau erwidert, dass die Maßnahmen auf dem Hafenentwicklungsplan basieren würden, den die Bürgerschaft beschlossen habe. Er erläutert die Funktionsweise und die Vorteile, die das Refinanzierungsmodell mit der LHG für die Hafeninfrasturkturbiete.

Herr Howe bittet um Informationen, ob etwas an der Fläche am Stau geplant sei.

Herr Uhlig sagt, dass dies ein laufender Titel sei, der im nächsten Jahr nur die laufende Unterhaltung beinhalte.

AM Dr. Flasbarth sagt, dass er es nicht nachvollziehen könne, was der Stand der Landstromanlagen sei und fragt, was mit den Geldern gemacht werden solle, die dafür noch eingestellt seien.

Herr Uhlig weist auf den interaktiven Haushalt hin, die Maßnahmen seien darin auch erläutert.

Frau Senatorin Hagen ergänzt, dass für 2023 vier weitere Anlagen vorgesehen seien, die sich derzeit in Planung befänden. Der Gesamtstand müsse nachgeliefert werden.

Herr Ingwersen führt aus, dass zum Haltepunkt am Bahnhof Skandinavienkai Unterlagen zugesagt worden seien, die immer noch nicht vorliegen würden. Weiterhin wolle er wissen, ob Landstromanlagen für den Ostpreußenkai geplant seien.

Frau Senatorin Hagen antwortet, dass für den Ostpreußenkai nichts geplant sei und zum Bahnhof am Skandinavienkai sich eine Vorlage in der Finalisierung befinde, die im November den Gremien vorgelegt werden solle.

Herr Stolzenberg sagt, dass die Positionen, die sich aus dem Planfeststellungsverfahren zum Skandinavienkai ergeben hätten, jährlich immer wieder aufgeführt werden würden, daher wolle er wissen, wann diese endlich umgesetzt würden. Außerdem verzichte die Hansestadt Lübeck jährlich auf die Pacht für Flächen, die die LHG nutze.

Herr Bürgermeister Lindenau entgegnet, dass auf die Pacht nicht verzichtet werde, sondern sie gestundet werde.

Herr Uhlig erklärt, dass einige Maßnahmen tatsächlich länger in den Haushaltplanungen enthalten seien, dies sei aber auch durch den Planungsvorlauf oder die Notwendigkeit, einzelne Maßnahmen zu verschieben begründet. Die letzten Jahre sei es aber enger zusammengefasst worden, damit die Umsetzungsquote gesteigert werden könne, bei der die Hansestadt Lübeck auch führend im Land sei.

Herr Frings sagt, dass in dem Rahmen auch dargestellt werden müsse, dass die LHG in den letzten Jahren Verluste gemacht habe.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die heutige Veranstaltung zur Information gedacht sei, die Diskussion könne in der Bürgerschaft erfolgen.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für den Hochbau (9 Mio. Euro):

AM Haltern fragt, ob die Stadt es sich leisten könne, die Maßnahme Standesamt erst 2027 anzugehen, wissentlich dessen, dass das Gebäude beschädigt sei.

Herr Uhlig sagt, dass für die Lindesche Villa die EW-Bau für Ende dieses Jahres fest eingeplant sei. Das Projekt sei am Laufen und es werde mit einer Förderquote von 50% gerechnet.

Frau Senatorin Hagen ergänzt, dass das Problem nicht die Haushaltsmittel seien, sondern die Personalressourcen, die für dringendere Projekte verplant seien. Eine Lösung dafür habe noch nicht gefunden werden können.

Herr Ramcke bittet um Informationen zur Grundinstandsetzung des Theaters.

Frau Senatorin Hagen erklärt, dass sich die Verwaltung derzeit in der Voruntersuchung und in Gesprächen mit dem Fördermittelgeber befinde. Es habe aufgrund von Corona viele Verzögerungen gegeben. Es solle demnächst ein Zwischenstand berichtet werden.

Herr Lötsch möchte wissen, wo im Haushalt die Planungen für das neue Verwaltungszentrum untergebracht seien.

Herr Uhlig entgegnet, dass es dafür noch kein Einzelprojekt gebe.

Herr Lötsch sagt, dass es dann ein in einem der Sammeltitel enthalten sein müsse.

Herr Uhlig erläutert, dass es immer Sammeltitel für Planungsmaßnahmen gebe, zu dieser Maßnahme gebe es aber noch keine Einzelinvestitionsmaßnahme.

AM Dr. Flasbarth fragt, ob die zehn energetischen Sanierungen, die für den Haushalt 2021 beschlossen seien, umgesetzt wären und wenn ja, warum keine neuen umgesetzt werden würden. Falls die noch nicht umgesetzt seien wolle er wissen, wann dies geschehen solle. Frau Senatorin Hagen sagt eine Antwort zur Niederschrift zu.

Herr Mauritz bittet um Informationen, was mit dem Parkhaus am Fahrenberg sei.

Frau Senatorin Hagen verweist auf den Bericht zu den sich in Planung befindlichen Parkhäusern, der auf der Tagesordnung dieser Sitzung sei.

AM Dr. Flasbarth führt aus, dass die Flutlichtanlagen von 14 Sportplätzen erneuert werden sollen und dafür sieben Jahre veranschlagt seien. Er möchte wissen, ob dies nicht schneller gehe, warum die Personalkapazitäten für diese Maßnahme nicht aufgestockt werden würden und warum nicht auch die Fluchtlichtanlagen der anderen Sportplätze gegen LED-Anlagen ausgetauscht werden würden.

Frau Hagen sagt eine Antwort zur Niederschrift zu.

Herr Pluschkell kritisiert, dass seine Anfrage zur Umsetzung der Haushaltbeschlüsse noch nicht beantwortet worden wäre.

Frau Senatorin Hagen antwortet, dass die Antwort bereits zur Nachtragtagesordnung eingereicht worden sei.

AM Dr. Flasbarth fragt, wie viel Geld für die Brandschutzmaßnahmen für das Heiligen-Geist-Hospital eingestellt worden wäre, er habe dazu nichts finden können. Falls dazu nichts eingestellt worden sein sollte, wolle er wissen warum. Weiterhin wolle er wissen, ob die Nutzung der Heizung die Bausubstanz angreife.

Frau Hagen antwortet, dass es zum Brandschutz noch Abstimmungen gebe, es werde aber sicherlich bald möglich sein, das Thema vorzustellen. Zur zweiten Frage sagt sie eine Antwort zur Niederschrift zu.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für die Feuerwehr (12 Mio. Euro):

Das beratende AM Möller fragt, ob Feuerwehrfahrzeuge auch mit anderen Gemeinden zusammen beschafft werden.

Herr Senator Hinsen antwortet, dass die Möglichkeit bestehe und es auch teilweise gemacht werde, aber alle Kommunen unterschiedliche Fahrzeugpläne hätten, wann welche Feuerwehrfahrzeuge abgängig seien, daher sei es nicht immer möglich.

AM Dr. Flasbarth möchte wissen, warum die Hansestadt Lübeck keine elektrischen Rettungsfahrzeuge einsetze.

Herr Senator Hinsen erklärt, dass dies im Bereich der kleineren Fahrzeuge bereits gemacht werde, im Bereich der Spezialfahrzeuge entwickle sich der Markt gerade erst entsprechend, es seien noch nicht genug Fahrzeugtypen auf dem Markt verfügbar. Die Verwaltung habe dies aber im Blick.

Herr Stolzenberg vermisst das Haus Kronsforde in der Aufstellung der Feuerwehrgerätehäuser.

Herr Senator Hinsen antwortet, dass das Projekt laufe, aber im Budget des GMHL geordnet sei.

Herr Iwers hakt nach, ob Elektroautos, wenn der Strom ausfalle geeignet seien.

Herr Hinsen sagt, dass dies derzeit kein Thema sei, da keine konkrete Beschaffung geplant sei, die Feuerwehr ihre Fahrfähigkeit aber immer sicherstelle.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für Sporthallen, Grün- und Sportflächen (2,9 Mio. Euro):

Wortmeldungen bestehen hierzu nicht.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für die Erschließung (21 Mio. Euro):

AM Dr. Flasbarth fragt, worum es sich bei Erbbaurechtsentschädigungen handle.

Herr Uhlig erläutert, dass es sich um einen Titel handle, um als Stadt in der Lage zu sein, Entschädigungen zu zahlen, beispielsweise damit im Rahmen von städtebaulichen Maßnahmen mit den Eigentümern von Flächen in Verhandlung getreten werden könne.

AM Haltern fragt, was in den Konten 7821000 und 7852000 jeweils abgebildet sei und wo das Baufeld Bertlingstraße im Haushalt abgebildet ist.

Herr Uhlig sagt, dass das eine Konto für den Ankauf von Grundstücken, und das andere für die Baureifmachung von Grundstücken, beispielsweise eine Altlastensanierung, vorgesehen sei. Es seien Sammeltitel, die die Handlungsfähigkeit der Verwaltung sicherstellen sollen. Bei der Bertlingstraße sei eine aktive Bearbeitung aufgrund mangelnder Personalkapazitäten nicht möglich, daher sei es nicht mitaufgenommen worden.

Herr Löttsch entgegnet, dass im Bauausschuss gesagt worden sei, dass mit der Maßnahme im Herbst begonnen werden solle und es deswegen geordnet hätte werden sollen.

Frau Senatorin Hagen erklärt, dass aufgrund von Elternzeit die Personalkapazitäten weggebrochen seien. Es sei aber beabsichtigt, dort Fortschritte zu erzielen und die Wettbewerbsauslobung auszuarbeiten.

AM Dr. Flasbarth bittet um Informationen, wo er nach Projekten für Smart City suchen müsse.

Herr Uhlig antwortet, dass es verschiedene Förderprojekte gebe, die für die digitale Infrastruktur im Bereich DOS gebündelt worden seien und auch im Produkt DOS abgebildet wären.

Herr Uhlig weist erneut auf den interaktiven Haushalt hin. Bestehende Fragen sollen bis zur Sitzung der Bürgerschaft beantwortet werden und die gezeigte Präsentation werde mit der Niederschrift zur Verfügung gestellt.

Herr Ramcke bittet für spätere Planungen um eine Suchfunktion für den interaktiven Haushalt und dass eine bessere Identifikation der Titel anhand der Überschriften möglich werde. Herr Uhlig drückt sein Verständnis aus und erläutert kurz die Funktionen des interaktiven Haushalts.

Der Vorsitzende beantragt, dass der Hauptausschuss die Vorlage ohne Votum an die Bürgerschaft weitergebe.

Der Hauptausschuss stimmt dem einstimmig zu.

Herr Löttsch beantragt, dass der Bauausschuss die Vorlage ohne Votum an die Bürgerschaft weitergebe.

Der Bauausschuss stimmt dem einstimmig zu.

Anmerkung zu Protokoll:

Eine Übersicht mit den zur Beantwortung offen gebliebenen Fragen und den zwischenzeitlich vorliegenden Antworten ist der Niederschrift zu diesem TOP als Anlage beigelegt.

Beschluss:

1. Der Haushaltsplan 2023, bestehend aus

dem Vorbericht	Anlage 1
den Ergebnis- und Finanzplänen gesamt und je Produkt	Anlage 2
dem Stellenplan sowie	Anlage 3
dem Beteiligungsbericht	Anlage 4

wird beschlossen.

2. Die den Haushaltsanmeldungen zugrundeliegenden Maßnahmen aus den städtischen Budgetübersichten Anlage 5

werden zur Kenntnis genommen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um die u.a. in dem Haushalt 2023 vorgesehenen Aufwandskürzungen und damit verbundenen Minderauszahlungen bzw. die Ertragssteigerungen und die damit verbundenen Mehreinzahlungen zu realisieren.

3. Ergänzend werden der Abschluss der Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung in Erfüllung der städtischen Obliegenheit aus dem mit dem Land Schleswig-Holstein geschlossenen Konsolidierungsvertrag Anlage 6a
und weitere Konsolidierungsmaßnahmen Anlage 6b

wie auch die Durchführungsbestimmungen zum Haushalt Anlage 7

beschlossen.

4. Der Bürgermeister wird ermächtigt, bis zu einem Betrag von 120 Mio. EUR Kassenkredite mit einer Laufzeit über das Haushaltsjahr hinaus aufzunehmen. Die maximale Laufzeit dieser Kassenkredite ist auf das Ende der mittelfristigen Finanzplanung zu begrenzen.

5. Aufgrund der §§ 77ff der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) wird nach Beschluss der Bürgerschaft vom und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023 wird

1. im Ergebnisplan mit
einem Gesamtbetrag der Erträge auf 1.034.539.800 EUR
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf 1.032.716.400 EUR
einen Jahresüberschuss von 1.823.400 EUR
einen Jahresfehlbetrag von

2. im Finanzplan mit
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender

Verwaltungstätigkeit auf einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	995.440.800 EUR
Verwaltungstätigkeit auf einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus	963.723.200 EUR
Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus	155.060.600 EUR
Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	189.481.200 EUR

festgesetzt.

(Stand: 15.08.2022)

§ 2

Es werden festgesetzt:

1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen
und Investitionsförderungsmaßnahmen 68.000.300 EUR
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen 59.535.000 EUR
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 295.000.000 EUR
4. die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf 4.077,208

§ 3

Die Hebesätze für die Realsteuern sind wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
	a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	400 %
	b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	500 %
2.	Gewerbsteuer	450 %

§ 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen sowie Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 82 Abs. 1 oder § 84 Abs. 1 GO erteilen kann, beträgt 250.000 EUR. Die Genehmigung der Bürgerschaft gilt in diesen Fällen als erteilt. Der Bürgermeister ist verpflichtet, der Bürgerschaft mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und die über- und außerplanmäßig eingegangenen Verpflichtungen zu berichten.

Mit Ausnahme der Eilentscheidungen des Bürgermeisters nach § 65 Abs. 4 GO ist bei einer beabsichtigten Verwendung von Budgetmitteln als Deckung für Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich eines anderen Fachausschusses auch eine vorbereitende Beratung im abgebenden Fachausschuss und im Falle widersprechender Empfehlungen der beteiligten Fachausschüsse das koordinierende Votum des Hauptausschusses einzuholen.

§ 5

Der Gesamtbetrag für max. abzuschließende Zinsderivate wird für das Jahr 2023 auf 50 Mio. EUR festgesetzt.

Die kommunalaufsichtliche Genehmigung wurde am erteilt.

(Ende des Satzungstextes)

Stellenplan

Der Stellenplan 2022 (3.949,246 Planstellen) wird zu dem Haushaltsjahr 2023 um die sich aus der

Anlage 3

ergebenden Stellenplanänderungen (Veränderungsliste) ergänzt und in der sich daraus ergebenden Fassung als Stellenplan für das Haushaltsjahr 2023 festgesetzt: 4.077,208 Planstellen.

**Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil:
(nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)**

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	x

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Es liegt nichts vor.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

zu 8 Gleichstellung

Es liegt nichts vor.

zu 9 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 18:22 Uhr die gemeinsame Sitzung. Da keine Tagesordnungs-

punkte für den nichtöffentlichen Teil vorgesehen sind, unterbleibt der Einstieg in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung.
Der Bauausschuss fährt in alleinige Sitzung fort..

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Lübeck, den 26. Oktober 2022

Peter Petereit
Vorsitzende/r

Nadine Markmann
Protokollführung